

Deutsche Uhrmacherschule zu Glashütte i. S.

Oeffentliche Prüfung an der Deutschen Uhrmacherschule.

Am Freitag, den 19. April, vormittags von 9 bis 12 Uhr, findet die mit einer Ausstellung von Schülerarbeiten und Zeichnungen verbundene Prüfung an der Deutschen Uhrmacherschule statt, wozu Freunde und Gönner der Schule hiermit höflich eingeladen werden.

Eröffnung des neuen Schuljahres.

Das neue (dreissigste) Schuljahr beginnt am 1. Mai. Anmeldungen hierzu, am besten gleich mit Zeugnissen begleitet, beliebe man baldmöglichst an die Schuldirektion einzusenden.

Richard Lange,
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der Deutschen Uhrmacherschule.

Prof. L. Strasser,
Direktor.

Volkswirtschaftliches.

Zum Kapitel: Beamtenschaft und Konsumvereine.

Zu dieser wichtigen Frage, deren endgültige Lösung sicher zu dem Schutze des gewerbetreibenden Mittelstandes beitragen würde, äusserte sich der „Detailisten-Verband für Hessen und Waldeck“ folgendermassen:

„Es würde von besonderem Erfolge sein und ein Grosses zur Beseitigung dieser Unzufriedenheit beitragen, wenn zunächst die höchsten Beamten des Reiches aus den bestehenden Offiziers-Warenhäusern und Offiziers-Konsumvereinen ausschieden, um damit andere Beamten mit einem leuchtenden Beispiele voranzugehen. Unsere wirtschaftlichen, als auch politischen Verhältnisse liegen heute so, dass alle Behörden mit Ernst Mittel und Wege einschlagen sollten, um die Lage unseres Standes zu bessern, die bestehende Unzufriedenheit zu beseitigen und gleichzeitig für die Erhaltung des ganzen Mittelstandes besorgt zu sein.“

Auch die sächsischen Gewerbekammern hatten in Ausführung der Beschlüsse des fünften deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages ihre Regierung ersucht, im Wege des Gesetzes und der Verordnung jede Förderung von Einkaufs- und Konsumvereinen durch öffentliche Beamte zu verhindern. Die sächsische Regierung hat daraufhin ihren Standpunkt folgendermassen dargelegt:

„Es wird jeder Anlass benutzt, die Staatsbehörden darauf hinzuweisen, dass gegenüber den Bestrebungen zur Gründung von Beamten-, Einkaufs- und Konsumvereinen völlige Neutralität zu bewahren und der Wettbewerb von Konsumvereinen gegen den Kaufmannsstand und das Kleingewerbe weder mittelbar noch unmittelbar zu begünstigen sei. Insbesondere sei der Verwendung eines Teils der Amtszeit von Staatsbeamten zur Erledigung von Vereinsgeschäften ausdrücklich entgegenzutreten. Von der gesetzlichen Befugnis, einem Staatsbeamten die Genehmigung zur Uebernahme einer Beschäftigung oder einer Stelle in der Leitung einer Erwerbsgesellschaft zu erteilen, werde in vorsichtiger Weise und in ganz besonders gearteten Fällen Gebrauch gemacht.“

Etwas schärfer drückt sich der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer in folgender Verfügung aus:

„In Uebereinstimmung mit dem von der Königl. Staatsregierung schon bisher eingenommenen Standpunkt erblicke ich in der Bildung von Konsumvereinen durch staatliche Beamte und staatliche Bedienstete eine unerfreuliche Erscheinung, weil die Tätigkeit solcher Vereine von dem gewerblichen Mittelstande, auf dessen Erhaltung und Förderung sich Bestrebungen von Regierung und Landtag seit Jahren vereinigen, als eine Schädigung seiner Erwerbsinteressen empfunden werden muss. Die Beamten und Bediensteten setzen sich durch ihre Absonderung in solchen Vereinen zu weiteren Kreisen des erwerbstätigen Volkes in einen ausgesprochenen wirtschaftlichen Gegensatz, dessen Rückwirkung auch in dienstlicher Hinsicht nicht erwünscht sein kann. Ich muss die Gründung eines solchen Vereins in München um so

tiefer bedauern, als ich einen wirtschaftlichen Notstand, der die Beamten und Bediensteten gerade auf diesen Weg der Selbsthilfe drängen könnte, nicht für gegeben erachte.“

Anders scheint man darüber in Preussen zu denken, indem der preussische Finanzminister sich von einem seiner Beamten, einem Rechnungsrat, zum Protektor des Berliner Beamten-Wohnungsvereins hat erheben lassen. Die Aufgabe des Vereins, der von Beamten gegründet ist und von Beamten geleitet wird, besteht in erster Linie darin, mit möglichst billigem Staatskredit Wohnungskasernen für Staatsbeamte zu bauen, in denen diese angeblich billigere Wohnungen bekommen, als in privaten Miethäusern. Bisher sind von diesem Beamten-Wohnungsverein rings um Berlin herum riesige Mietskasernen aufgeführt worden, so in Wilmersdorf, Rixdorf, Rummelsburg, Prenzlauer Tor, Moabit, Charlottenburg. Wiederholt hat der Finanzminister versichert, dass er den Bestrebungen dieses Vereins grösstmögliche Unterstützung und Förderung angedeihen lassen wolle. Die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ bringt dazu einen scharfen Artikel, dem wir folgende, für die Bewohnerschaft vieler Städte interessante Ausführungen entnehmen:

„Dieser von einem preussischen Staatsminister so energisch geförderte Verein bezweckt nichts weniger, als die Beamten für sich abzusondern und dem erwerbstätigen Mittelstande wirtschaftliche Konkurrenz mit billigem Staatskredit unter hoher Protektion zu bieten. In den Augen der Beamten sind die Hausbesitzer Leute, die sich förmlich von dem Blute der Beamten nähren, nichts können, als die Mietsschrauben anzusetzen und die Mieter zu schikanieren. Dass die Sache gerade umgekehrt liegt, dass der Staat bei den Hausbesitzern fortgesetzt die Steuerschraube ansetzt, dass die Beamten fortgesetzt nach höherer Besoldung und höherem Wohnungsgeldzuschuss rufen, dass gerade die Beamten die anspruchsvollsten Mieter sind, daran wird nicht gedacht. Die Beamten wollen sich den durch die allgemeine Lage geschaffenen Verhältnissen nicht anbequemen. Sie allein möchten für sich, ähnlich wie bei der Steuerzahlung, des Privilegium beanspruchen, dass die Hausbesitzer für sie billigere Wohnpreise bewilligen, als für Nichtbeamte. Nachdem nun die Berliner Beamten sich einmal auf ihre eigenen Mietskasernen zusammengeschlossen haben, gehen sie in ihren Bestrebungen weiter und beschaffen sich, unter Umgehung der verschiedenen gewerbetreibenden, auch noch eine grosse Anzahl anderer Bedarfsgegenstände selbst. Dem bürgerlichen Mittelstande graben sie das Feld seiner bisherigen Tätigkeit ab, ohne auch nur im geringsten die schlimmen Folgen ihrer Handlungsweise für sie selbst zu bedenken. Diese feindliche Stellungnahme gegen den Mittelstand steht in entschiedenem Gegensatz zu den Bestrebungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung, die darauf gerichtet sind, den Mittelstand zu heben und zu erhalten, sowie die Nahrungsquelle für die stetig und nicht gerade immer verhältnismässig wachsende Bevölkerung zu vermehren. Wenn die Beamten erst selbst neben ihrem Beruf bürgerliche Erwerbsgeschäfte besorgen, dann verschwinden auch die Steuerzahler, und die Beamten schlachten die Hühner, die ihnen die goldenen Eier legen.“

Auch ausserhalb Deutschlands, z. B. in Oesterreich, wird die Konkurrenz der Beamten-Konsumvereine als ein Krebschaden empfunden. Die Zeitung „Neuheiten“, ein in Wien erscheinendes kaufmännisches Fachblatt, äussert sich darüber in höchst beachtenswerter Weise:

„Der Beamte ist der Angestellte des Staates. Der Staat aber besteht aus der Allgemeinheit, die die Mittel zu seiner Erhaltung aufbringen muss. Zu diesen Abgaben wird in erster Linie und hauptsächlich der Kaufmannsstand herangezogen. Dieser ist es also, der in erster Linie die Besoldung der Beamten und die Versorgung für deren Frauen und Kinder zu tragen hat. Die Kaufmannschaft sollte daher wohl fordern dürfen, dass ihr dieser vorwiegend von ihr bezahlte Stand keine todbringende Konkurrenz mache. Das soziale Gewissen sollte ihnen übrigens dies schon als verwerflich erscheinen lassen, leider ist aber dieses Gewissen in manchem Kreise dem Mittelstande gegenüber ganz eingeschlafen, es erwacht nur, wenn es gilt, die Interessen des gedrückten, dabei aber beinahe ausnahmslos gut bezahlten Arbeiterstandes, der zudem noch für die Tage der Invalidität oder des erwerbslosen